TOP 3.6.3 Entwurf des Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2012 („IP neu“)

Abteilung SV (Weißensteiner)

1. Beschreibung der Problematik

Der Entwurf des Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2012 („IP neu“) ist bis zum 7. September in Begutachtung. Damit werden die Protokollanmerkungen des Ministerrats vom 6. März (IP unter 50 und Einheitliche Begutachtungsstelle) umgesetzt.

Ziele der Reform sind eine Verringerung der Zahl der Invaliditätspension und die Verstärkung medizinischer und beruflicher Rehabilitation um, die Menschen länger gesund im Erwerbsleben zu halten.

Die Gesamteinsparungen für die Pensionsversicherung sollen in den Jahren 2014 bis 2018 in Summe 713 Mio Euro betragen, denen Mehrausgaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik von 281 Mio Euro gegenüberstehen.

2. Schwerpunkte der Reform:

Abschaffung der befristeten Invaliditätspension für ab 1.1.1964 Geborene
Anspruch auf Rehabilitationsgeld, wenn vorübergehende Invalidität voraussichtlich im Ausmaß von zumindest sechs Monaten vorliegt, das von Krankenkassen ausbezahlt wird
Anspruch auf medizinische Rehabilitation, wenn dies zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit notwendig und zweckmäßig ist
Betreuung durch ein Case Management der Krankenversicherungsträger, die für einen optimalen Ablauf zu sorgen, ihn zu unterstützen und abzustimmen haben
Gewährung von beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen und Umschulungsgeld durch das AMS, wobei Qualifikationsschutz besteht („nicht unter das bisherige Niveau“)
Anspruch auf Invaliditätspension, wenn Invalidität voraussichtlich auf Dauer vorliegt und berufliche Rehabilitationsmaßnahmen nicht zweckmäßig oder nicht zumutbar sind
Einrichtung einheitlicher Begutachtungsstellen als „Kompetenzzentrum Begutachtung“ im Bereich ASVG sowie im Bereich GSVG und BSVG
Förderung der Wiederbeschäftigung gesundheitlich beeinträchtigter (auch unqualifizierter) Personen

3. Bewertung und Forderungen

Die Verstärkung der medizinischen und beruflichen Rehabilitation ist positiv zu bewerten, wobei die Aufrechterhaltung von zwei Rechtslagen problematisch erscheint
Ein Rechtsanspruch auf Umschulung von unqualifizierten Versicherten durch das AMS fehlt
Die ArbeitgeberInnen werden nicht ausreichend in die Pflicht genommen: Entscheidend nach absolvierter Umschulung sind Beschäftigungsmöglichkeiten für Rehabilitanden. Notwendig ist daher ein wirksames Malussystem bei Kündigung Älterer und ein Experience Rating (höhere DG-Beiträge zur PV für Betriebe mit einem unterdurchschnittlichen Anteil älterer Beschäftigter)